Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unseres Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 130 — Dienstag, den 7. Juni 1921 — 49. Jahrgang

Preußischer Landtag.

(Sitzung vom 6. Juni.)

Auf der Tagesordnung steht die erste

Beratung des Haushaltsplanes für 1921.

Abg. Braun (Soz.) polemisiert gegen die Parteien der Rechten, welche die Schuld an den Kriegstreibereien trügen, sich jetzt aber vor der Unterzeichnung der Folgen des Krieges gedrückt hätten. Redner wendet sich dann zum Etat, bei dem ganz erheblich gespart werden müsse, doch dürfe dies nicht auf Kosten der Beamten, Angestellten und Arbeiter vorgenommen werden. Die Landwirtschaft könne alles erzeugen, was wir brauchen. Ohne erhöhte Einnahme werde man natürlich nicht auskommen, das werde schon durch die Forderungen des Ultimatums bedingt, das allein jährlich 80 Milliarden Papiermark mehr aus dem deutschen Volke herausholen wolle. Es müßten daher in erster Linie die Steuern restlos einkommen. Bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten sei das auch der Fall, nicht aber bei der Industrie und Landwirtschaft, wo mit Energie nachgefaßt werden müßte. Redner bedauert, daß der Finanzminister noch keinen Weg gezeigt hat, wo er neue Steuern hernehmen will. Redner verlangt sofortige Vorlegung der Verwaltungsreform im Sinne der Befestigung des republikanischen Gedankens. Die Entwaffnung und die Auflösung der Selbstschutzorganisationen müßte mit Energie durchgeführt werden, damit nicht monarchistische Treibereien hier neue Heimstätten finden. Redner regt an, aus den Geldern, welche den Hohenzollern zufließen sollten, welche Schuld am Kriege trügen, (Abg. Pleßwe D.-N. ruft: Bewußte Lüge: Er wird deshalb zur Ordnung gerufen.) sollte eine Milliarde als Beitrag zu den Kriegslasten vorweggenommen werden. Das werde dem Volksempfinden entsprechen. Die Monarchie sei für alle Zeiten begraben. Als Redner dem blutbefleckten System einen temperamentvollen Nachruf widmet, erhebt sich großer Lärm auf der Rechten. (Zuruf: Das war ihre Visitenkarte: bei den Unabhängigen.) — Abg. v. Papen (Ztr.): Wir begrüßen es, daß die Regierung die in Oberschlesien ausscheidenden Beamten übernehmen will. Nicht dulden können wir, daß die Staatszuschüsse zu den Kirchen unverbindlich bleiben sollen. (Beifall im Zentrum.) Oberschlesien darf nicht zum Schacherobjekt der internationalen Politik gemacht werden. — Abg. von der Osten (D.-N.): Wir befinden uns auf einem Tiefstand völkischer Macht. Wie kann man jetzt, wie es der Abg. Braun getan hat, die alten Kamellen über die Schuld am Kriege wieder aufwärmen. Braun entfesselt den Kampf nach innen anstelle der notwendigen Zusammenfassung aller Kräfte nach außen. Die Parteipolitik muß in dieser Finanzlage schweigen. Wir werden den Haushalt genau prüfen und auch unsererseits für eine baldige Verabschiedung sorgen. Wir werden uns vor der Unmöglichkeit sehen, die finanziellen Bestimmungen des Ultimatums auszuführen. (Sehr richtig: rechts.) Die Durchführung der Absichten des Wirtschaftsministers Schmidt würde eine Ueberantwortung des gesamten deutschen Privatvermögens an das Großkapital der Entente bedeuten. Die Produktionsmittel sollen also nicht verstaatlicht, sondern den Feinden überantwortet werden. Es wäre das größte Verbrechen, die Produktion totzuschlagen. Ohne Oberschlesien ist die Erfüllung unserer Verpflichtungen völlig unmöglich. Ein Mann wie Levond müßte unbedingt verschwinden. Hier hat der nötige diplomatische Nachdruck gefehlt. (Sehr richtig: rechts.) Wir müssen unser gutes Recht mit eigenen Fäusten sichern. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. von Richter (D.Vp.): Die sachliche Rede des Finanzministers unterschied sich von den parteipolitischen Ausführungen des früheren sozialdemokratischen Ministers. (Unruhe bei den Soz.) Die Angriffe auf die Hohenzollern sind ein Beweis für die Minderwertigkeit des deutschen Volkes. Nachdem das Ultimatum einmal angenommen ist, müssen alle Teile des Volkes ernsthaft an seiner ehrlichen Durchführung arbeiten. Der Deutschen Volkspartei kann wegen ihrer Ablehnung des Ultimatums die Regierungsfähigkeit nicht abgesprochen werden, denn die in der Regierung sitzenden Sozialdemokraten haben in ihrer Mehrheit ja auch das Ultimatum abgelehnt. Daß wir sparen müssen, sehen wir ein, nur halten wir es für verkehrt, den Anfang hiermit auf kulturellem Gebiet zu machen. Auch muß ausdrücklich festgestellt werden, daß die Erhöhung der Beamtengehälter mit der Steigerung der Teuerung nicht gleichen Schritt gehalten hat. Abg. Meyer-Ostpreußen (V. K. P. D.): Nur durch Vereinheitlichung der Gesamtverwaltung ist eine Verbesserung der Finanzen zu erreichen. Der Haushalt enthält 50 Millionen für Spitzeldienste. (Vizepräsident Dr. v. Kries rügt den Ausdruck.) Herrn Dominicus müßte man für die Gefühlsroheit dieser Beamten ins Gesicht speien. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen, ebenso der Abg. Paul Hoffmann (Komm.), der die Aeußerung aufnimmt.) Die Arbeiterschaft muß zum Kampfe bereit halten. (Gelächter rechts.) — Abg. Leid (Unabh.): Bezeichnend ist für den Etat, daß für die Schutzpolizei über 2 Milliarden ausgeworfen werden. Wir lehnen diese Ausgaben ab. Das Vermögen der Hohenzollern muß restlos beschlagnahmt werden. Abg. Keil (Soz.): Der Streit um die Schuld am Kriege muß endlich verstummen. Er bringt uns nicht vorwärts. Die Länder haben ein Recht darauf, daß im Reich eine einheitliche Steuerveranlagung durchgeführt wird. Um eine Erhöhung der Grundsteuer werden wir nicht herumkommen. Nur auf Grund einer freien Wirtschaft können wir aufbauen. Wir haben Anspruch darauf, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland bleibt.

Ministerpräsident Stegerwald: Die Lage der Reichsregierung und der preußischen Regierung kurz vor dem Ultimatum war so schwierig, daß nichts mehr für Oberschlesien geschehen konnte. Ich werde den Reichskanzler darauf hinweisen, damit Oberschlesien sein Recht wird. Jedenfalls hat die Entente ihre Pflicht nicht erfüllt. Das Gesetz über die Provinzialautonomie ist bereits angenommen. Die Landgemeindeordnung ist fertig. Die Städteordnung wird in kürzester Zeit mit den Städtevertretern besprochen werden. Erst wenn beide Gesetze fertig sind, können die Provinzial- und Reichsordnungen ausgearbeitet werden. Auch kann man dann erst an eine Reform der Zentralinstanzen herantreten. Zu der Rede des Finanzministers bemerke ich, daß ein eingehendes Finanzprogramm erst möglich sein kann, wenn im Reiche das Reparationsprogramm feststeht. Die Umbildung der Regierung in Preußen ist politisch erwünscht und auch sachlich notwendig. Wir stehen vor großen sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen. Der politische Teil der Revolution hat einen bestimmten Abschluß erreicht, dagegen befindet sich der soziale und wirtschaftliche Teil erst im Anfang. (Sehr richtig! links.) Nachdem wir das Ultimatum unterschrieben haben, müssen wir unsere Leistungsfähigkeit vor aller Welt demonstrieren. Auch die breite Masse muß das Niveau ihrer Lebenshaltung anders einstellen. (Großer Lärm bei den Kommunisten. Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.) Wenn ein Volk einen solchen Krieg liquidieren soll, können nicht die Besitzenden allein die Lasten tragen. Ich persönlich kann gegenwärtig in der Frage der Regierungsneubildung nicht mehr viel tun. Die erste Voraussetzung ist, daß sich eine Mehrheit darüber verständigt, auf welcher Basis eine Regierung gebildet und wer der Ministerpräsident werden soll. Erst dann kann der Ministerpräsident die Initiative ergreifen. (Zuruf der Kommunisten: Amnestie!) Das ist Sache des Reichstages. Wer mit der Waffe gegen den Staat steht, hat keinen Anspruch auf Amnestie. (Beifall rechts. Große Unruhe links.) — Finanzminister Saemisch: Die Landesfinanzminister werden nach einer Woche mit dem Reichsfinanzminister über die Zukunft der Steuergesetzgebung eine Besprechung abhalten.

Dienstag: Kleine Vorlagen, Weiterberatung.

Befehl an General Höfer zur Zurückziehung seiner Truppen

(TU) In einer Note befiehlt die Interalliierte Regierungskommission General Höfer, seine Truppen an die Linie Station Leschnitz-Dola zurückzuziehen. Die beiden letzteren Orte bleiben zur Verfügung des Generals Höfer. In seiner Antwort lehnt General Höfer die Forderung ab, da er keine Gewähr für die Sicherheit der Einwohner übernehmen könne. Wörtlich heißt es weiter: Die Zurückziehung des Selbstschutzes aus den befreiten Ortschaften ist unausführbar. Ich appelliere an das soldatische Empfinden der Vertreter der alliierten Mächte. Die Forderung steht auch in völligem Gegensatz zu dem, was als Recht der deutschen Bevölkerung feierlichst anerkannt wurde. Die Drohung mit der Zurückziehung der Franzosen aus dem Industriegebiet bindet mir vollständig die Hände; ihre Durchführung würde die Preisgabe dieses wichtigen Teiles von Oberschlesien an die Insurgenten und damit eine direkte Förderung des polnischen Aufstandes bedeuten.

Deutscher Einspruch gegen ein Oberschlesien-Ultimatum.

(WB) Der deutsche Botschafter Dr. Sthamer hat gestern nachmittag im Auswärtigen Amt in London eine Note der deutschen Regierung überreicht, in der sie unter Hinweis auf das 12stündige Ultimatum der interalliierten Kommission in Oppeln, worin die Kommission die Zurücknahme des Selbstschutzes an der Linie Kulinow—Dolina—Leschnitz—Salowuia verlangt, erklärt wird, die ganze Befristung des Ultimatums enthalte nach ihrer Ansicht eine unmögliche Forderung. Interalliierte Truppen seien in den zu räumenden Gebieten nicht vorhanden, die eine Nachfolge der Polen hinter dem zurückgehenden Selbstschutz verhindern könnten. Die Bevölkerung des etwa geräumten Gebietes werde daher dem brutalsten polnischen Terror preisgegeben. Der deutsche Botschafter führt zu der Note der interalliierten Kommission aus, daß die Drohung bei Nichtbefolgung des kurzfristigen Ultimatums durch den Selbstschutz, die bisher von den interalliierten Truppen gehaltenen Städte des Industriegebietes den Insurgenten zu übergeben, nicht nur für die Bewohner Oberschlesiens, sondern für das gesamte deutsche Volk unerträglich sei. Eine solche Maßnahme würde eine schwere gegen den Friedensvertrag sein und würde die Preisgabe der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens an die polnischen Insurgenten bedeuten. Mit Rücksicht auf das gesetzlose und bedeutende kulturvernichtende Vorgehen der Polen sei es klar, daß die deutsche Bevölkerung sich diesem nicht wehrlos preisgeben dürfe. Damit würde aber die Entfesselung eines allgemeinen Bürgerkrieges unvermeidlich gemacht werden. Wenn auch die deutsche Regierung durchaus bereit sei, die Regierungen der interalliierten Mächte bei der Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien zu unterstützen, so werde ihre dahin gerichtete Mitarbeit durch ein Ultimatum, wie es von der interalliierten Kommission ergangen sei, sehr erschwert. Nach Lage der Sache sei es der deutschen Regierung unmöglich, auf den Selbstschutz in Oberschlesien dahin einzuwirken, daß die deutsche Bevölkerung wehrlos den polnischen Insurgentenbanden preisgegeben werde. Die oberschlesische Bevölkerung habe von dem Eintreffen der britischen Truppen Befreiung von dem polnischen Terror erhofft. Werde sie in ihren Erwartungen getäuscht, so sei ein Verzweiflungsausbruch unvermeidlich.

Neue Angriffe der Polen.

(W) Der gestrige Tag brachte neue Angriffsaktionen der Aufständischen. In den nördlichen Kreisen mußten mehrfach polnische Vorstöße zurückgewiesen werden. Die Dörfer Neudorf, Pruskau und Amalienhof wurden von polnischer Artillerie stark beschossen. Zahlreiche Häuser wurden durch Volltreffer zerstört. Bei Zembowitsch beteiligte sich ein polnischer Panzerzug an den Kampfhandlungen. In der Gegend bei Landsberg und Skronskau erhielten die Aufständischen Verstärkungen. Starke polnische Angriffe werden aus der Gegend von Krappitz gemeldet. Besonders der Bahnhof von Kandrzin war das Ziel polnischer Vorstöße, doch blieb der Personen- und Güterbahnhof in deutscher Hand. Angriffsversuche der Insurgenten auf Slaventzitz mißlangen. Bei Bivasa im Kreise Kosel starke Feuertätigkeit. Die heftigen Angriffe der Aufständischen in der Gegend von Alt-Kosel wurden von drei Panzerzügen unterstützt. Die Angriffe mißlangen. Im Kreise Ratibor wurde die Oderbrücke bei Lakaschtsch durch polnische Sprengungen erneut beschädigt. Auf dem Bahnhofe in Tarnowitz sind ähnlich wie in Kattowitz und Beuthen 13 Lokomotiven gestohlen worden. Im Kreise Hindenburg sind, soweit bisher bekannt ist, 23 deutschgesinnte Oberschlesier dem Aufstande zum Opfer gefallen. Nach Nachrichten aus dem Zentralrevier ist die Lage der Industrie trostlos. Die überfüllten Halden machen eine Förderung größeren Umfanges unmöglich. Wenn auch einzelne Hüttenwerke über genügende Kohlenmengen verfügen, so ist doch infolge Rohstoffmangels in den nächsten Tagen die Stillegung mehrerer Hüttenwerke zu erwarten.

Eine interessante Entscheidung des Völkerbundes.

Eine staatsrechtliche Sachverständigenkommission des Völkerbundes hat nach monatelangen Verhandlungen entschieden, daß die Alandsinseln nicht das Recht hätten, von Finnland eine Volksabstimmung über ihren Willen der Staatsangehörigkeit zu verlangen. Die Begründung dieses Spruches lautet: „Die Trennung einer Minderheit von dem Staate, von dem sie einen Teil ausmacht und ihre Eingliederung in einen anderen Staat kann nur als eine Lösung in Ausnahmefällen betrachtet werden, nämlich als letztes Mittel, wenn der in Frage kommende Etat entweder des Willens oder der Macht ermangelt, dieser Minderheit wirksame Garantie für ihre Rechte gesetzlich zu sichern." Die Kommission bezeichnet dann weiter als solche Garantien die Minderheitssprache als Schulsprache, ein ausschließliches Eigentumsrecht, das die Minderheit vor der Ueberfremdung sichert und Autonomiebestimmungen in bezug auf das lokale Wahlrecht und das Recht der Einwohner, Vorschläge für die Besetzung der Spitze ihrer Verwaltung (im Falle der Alandsinsel Gouverneurernennung auf Grund einer verbindlichen Vorschlagsliste) zu machen.

Danach könnte über die ungeteilte Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland eigentlich kein Zweifel mehr bestehen — aber ....

Die Entwaffnung in Bayern.

Der Landeskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung erläßt eine Bekanntmachung betreffend die Waffenabgabe der Einwohner. Danach müsse auf Grund des Ultimatums der Entente die Ablieferung der Geschütze und Maschinengewehre der Selbstschutzorganisationen bis zum 10. Juni, ferner bis zum 30. Juni die Ablieferung sämtlicher übrigen Waffen, die unter das Entwaffnungsgesetz fallen, der interalliierten Militärkommission in Berlin amtlich angezeigt worden sein. Die bayerische Einwohnerwehr beschloß, die Entwaffnung freiwillig durchzuführen und die Ablieferung an die Reichstreuhandgesellschaft so rechtzeitig erfolgen zu lassen, daß die von der interalliierten Militärkommission vorgeschriebenen Fristen eingehalten werden können. An die Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehren ergeht nun die Aufforderung, die in ihrer Hand befindlichen und auf Grund des Entwaffnungsgesetzes abzuliefernden Militärwaffen nebst Munition nach der Maßgabe der von der Leitung bereits bekanntgegebenen näheren Weisungen an ihre Organisation unverzüglich einzuliefern. Die Nichtbefolgung der Anordnung wird gemäß § 13 des Entwaffnungsgesetzes bestraft.

„Das lügnerische Dogma" der deutschen Kriegsschuld.

Unter dem Titel „Wie man einen Krieg nicht vermeidet", behandelt der Abgeordnete Ciccotti in dem Blatt Pace an der Hand der Farbbücher der Westmächte und Kautskys die Kriegsursachen und weist nach, daß, obwohl auch nach der Ansicht der Westmächte die russische Mobilisierung gleichbedeutend mit der Kriegserklärung an Deutschland war, diese dennoch nichts getan haben, sie zu verhindern. Er sagt dann:

Ich wende mich fragend an alle ehrlichen Leute: Nach diesem Nachweis, der schon in Frankreich u. in England, ohne den geringsten Versuch der Widerlegung hervorzurufen, geführt worden ist, was bleibt von dem Dogma, nach dem Deutschland als de reinzig Schuldige am Krieg alle Schäden bezahlen muß?

An dieses Dogma klammert sich bekanntlich die unbillige Politik der „Wiederherstellung", und in ihr sucht die gegenwärtige Politik der Straf- und Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland ihre Rechtfertigung, eine Politik, die dazu führt, den Krieg in Europa von neuem zu entzünden und neuen Haß und verschärftes Elend zu erregen. Im Namen des Rechts, die Wahrheit und der Gerechtigkeit und nicht weniger im Namen der Notwendigkeit und der Rettung Europas fordern wir und werden wir keinen Augenblick aufhören zu fordern die Revision dieses lügnerischen Dogmas in seiner blinden Einseitigkeit. Auf diesem Dogma beruht der ganze Vertrag von Versailles, der rettungslos mit seinem Grundstein zusammenbrechen würde. Und der Vertrag von Versailles ist nicht nur das von Menschen, die die Rolle von Mitschuldigen mit der von Richtern verwechseln, zum Gesetz erhobene Unrecht, sondern er ist zugleich auch der Keim eines neuen europäischen Krieges. Man muß dies bis zum Ueberdruß wiederholen, da gerade die einfachen Grundwahrheiten in den von Lügen, unkontrollierten Meinungen und patriotischen Vorurteilen erfüllten Gehirnen Platz finden. Die Vorkämpfer dieser Gemeinplätze wiederholen sie mit der methodischen Beständigkeit der in religiösem Wahnsinn befindlichen Derwische. Aber sie sind nicht einmal Fanatiker. Sie sind nur zynisch und gerissen, und sie kennen das Schwergewicht einer verbreiteten Meinung. Sie wissen, daß, wenn diese nicht die Wahrheit ist, sie um so mehr Aussicht hat, als solche angenommen zu werden, wenn sie in den außerordentlich zugänglichen Kreisen der Schwachköpfe eine Verbreitung gefunden hat.

Tschechischer Raub hohenzollernschen Privateigentums.

Aus Prag wird gemeldet: Das staatliche Bodenamt teilt mit, daß ein Drittel des Grundbesitzes des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen parzelliert würde. Im Gebiet dieses Bezirks in Südböhmen, an der mährischen Grenze, liegen Eisenstein, und alle industriellen Unternehmungen, die der Familie Hohenzollern gehören. Alle übrigen beschlagnahmten und bisher nicht übernommenen Großgrundbesitze der Familie Hohenzollern bleiben auch weiter beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde die Vorkehrung getroffen, daß für die nicht übernommenen Besitze der Hohenzollern eine zentrale Verwaltung mit einem Tschechen an der Spitze eingerichtet wird. Bezüglich der Beamten ist der Eigentümer beauftragt, darauf zu halten, daß sie der tschechischen Sprache mächtig sind. Die Uebernahme erfolgt zum Friedenspreis abzüglich 5 Prozent, ist also ein glatter Raub.

Ausbau der Wasserwerke im Weserquellgebiet und am Main beabsichtigt.

Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit: Zur Ausnutzung der staatlichen Wasserkraftwerke im Weserquellgebiet und am Main, von denen nur das Kraftwerk an der Edertalsperre im Betrieb ist, beabsichtigt die preußische Regierung vier Wasserkraftwerke an der Fulda, namentlich bei Curhafen, Frevenlagen, Wahnhausen und Münden zu errichten. Nach den vorliegenden Anmeldungen für die Stromentnahme im staatlichen Versorgungsgebiet läßt sich heute übersehen, daß der Bedarf durch die ausgebauten und im Bau befindlichen Wasserkraftwerke nur kurze Zeit gedeckt werden kann. Die Regierung hält es daher für geboten, frühzeitig dafür zu sorgen, daß der weitere Bedarf an elektrischem Strom durch Wasserkraft in wirtschaftlicher Weise befriedigt werden kann. Der Ausbau der Fuldakraftwerke ist besonders vorteilhaft, weil jedes von ihnen einen verhältnismäßig hohen Fall von nämlich 7—1 Meter nutzbar macht, ferner die von ihnen erzeugte gleichmäßige Leistung im Zusammenhang mit derjenigen der Talsperrenwerke an der Eder und Diemel gut zu verwerten ist und endlich der Strom an das vorhandene staatliche Leitungsnetz ohne lange Anschlußleitungen abgegeben werden kann. Während die bereits erwähnten und im Bau begriffenen Wasserkraftwerke nach vollem Ausbau etwa 66 Millionen Kilowattstunden erzeugen können, dürften die geplanten Fuldakraftwerke allein 69 Millionen Kilowattstunden abzugeben vermögen. Bei den Entwürfen der Kraftwerke ist auch die Aufrechterhaltung der bestehenden Schiffahrt, sowie die Möglichkeit einer späteren Erweiterung der Schiffahrt überall berücksichtigt.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 7. Juni. (**Verschiedenes.**) Seitens der Polizei-Verwaltung wird hiermit **auf das Verbot des Badens in der Ruhr**, besonders in der Nähe der Hohensyburg (am Fuße der Hohensyburg) hingewiesen. Abgesehen von dem bestehenden polizeilichen Verbot ist das Baden in der offenen Ruhr mit großer Lebensgefahr verbunden; im Sommer vorigen Jahres sind beim Baden an der genannten Stelle verschiedene Todesfälle durch Ertrinken vorgekommen.

(**Körperschaftssteuer der ausländischen Erwerbsgesellschaften.**) Für die Berechnung des den vorläufigen Zahlungen ausländischer Erwerbsgesellschaften zu Grunde zu legenden Gewinnes gelten die Sondervorschriften der Verordnung über die vorläufigen Zahlungen ausländischer Erwerbsgesellschaften auf die Körperschaftssteuer vom 4. Mai 1921 (Zentralblatt für das Deutsche Reich Seite 385). Interessenten können einen Abdruck dieser Verordnung vom Finanzamt in Hamm, Brückenstraße 8, kostenlos erhalten. Die Zahlungen sind innerhalb 3 Wochen an die Stadt- bezw. Amtskasse zu leisten.

*

Steuererleichterungen zur Förderung der Neubautätigkeit.

Hierzu wird uns geschrieben: Die Förderung der Neubautätigkeit im Wege steuerlicher Erleichterungen für die aus nicht öffentlichen Mitteln errichteten Neubauten bildet neben der Befreiung der letzteren von der Wohnungszwangswirtschaft einen nicht unwichtigen Punkt in dem Programm der Regierung zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Es kommt dabei folgendes in Betracht: Durch das Gesetz vom 24. März 1921, betreffend die Abänderung des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920, ist ein Privileg für neue Kleinwohnungsbauten geschaffen worden, das namentlich zur Erstellung von Werkswohnungen durch Arbeitgeber einen kräftigen Anstoß geben dürfte. Nach dem Abänderungsgesetz können nämlich Aufwendungen für die Neubeschaffung von Kleinwohnungen, die in den Jahren 1920—25 beendet worden sind, vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden, sofern die Verwendung der Bauten zu Kleinwohnungszwecken für mindestens 15 Jahre gesichert ist. Nach § 59 a der Novelle darf der Abzug bis zu einem Betrage erfolgen, um den die Aufwendungen den gemeinen Wert der Bauten oder die durch sie eingetretene Werterhöhung der Gebäude übersteigen. Daher handelt es sich um nicht unerhebliche Steuersummen, die erspart werden können. Es ist deshalb zu erwarten, daß manche Unternehmer und auch Privatpersonen, die das entsprechende Geld verdienen und verfügbar haben, vielleicht auch solche Leute, die steuerpflichtiges Einkommen bisher verborgen gehalten haben, veranlaßt werden, nunmehr namhafte Aufwendung für den Kleinwohnungsbau zu machen. In derselben Richtung soll auch die Bestimmung unter § 59 b derselben Novelle wirken, wonach auch solche Beträge abzugsfähig sind, die der Steuerpflichtige solchen gemeinnützigen Vereinigungen und Gesellschaften in den Jahren 1920 bis 23 zugewandt hat, die satzungsgemäß und tatsächlich ausschließlich die Förderung des Kleinwohnungsbaues bezwecken. Ungeklärt ist einstweilen noch die Frage, ob und in welchen Umfange bei den von Privaten erstellten Neubauten Abschreibungen vom Vermögen zugelassen sind, die einem dem restlichen oder gemeinen Werte angepaßten Maßstabe entsprechen. Auch über die Gewährung von Vergünstigungen für Neubauten bei anderen Steuern, wie Wertzuwachssteuer, Wohnungsluxussteuer usw., liegen endgültige Entscheidungen der Reichs- und Staatsregierung noch nicht vor.

*

(**Keine Besteuerung des Existenzminimums.**) Durch die Abänderung des Reichseinkommensteuergesetzes ist den Gemeinden die Möglichkeit, den bei der Reichssteuer steuerfrei gebliebenen Einkommensteil zu erfassen, wieder genommen worden. Die preußischen Minister des Innern und der Finanzen heben dies in einem Erlaß an die Oberpräsidenten ausdrücklich hervor. Eine Genehmigung und Zustimmung zu Gemeindesteuerordnungen über eine derartige Versteuerung des Mindesteinkommens kommt also nicht mehr in Betracht. Ueber die Frage, inwieweit den Gemeinden hierfür Ersatz geleistet werden soll, schweben noch Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister, die aber bald zum Abschluß kommen dürften.

(**Westfälische Missionskonferenz.**) In Hamm fand unter Leitung von Superintendent Winkelmann-Elsey nach fünfjähriger Pause wieder die Westfälische Missionskonferenz statt, eröffnet mit einem Vortrag des neuen Leiters der rheinischen Missionsgesellschaft, Direktor Fries-Barmen, über die „Lehren an die Heimatgemeinde aus der Geschichte der Mias-Mission". Am anderen Tage zog Superintendent Simon-Barmen überraschende Parallelen zwischen den Aufgaben der Mohammedanermission und der heimatkirchlichen Stellung gegenüber den neuesten europäischen Geistesbewegungen. Universitätsprofessor D. Grützmacher-Münster zeigte in glänzenden Beispielen aus der Missionsgeschichte aller Jahrhunderte den Unterschied zwischen katholischer und evangelischer Mission. An Stelle des wegen seines Alters ausscheidenden D Möller-Gütersloh wurde Superintendent Winkelmann-Elsey zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt.

Verbandstag und -Fest der Freiwilligen Feuerwehren Westfalens in Münster i. W. vom 26. bis zum 28. August 1921. Nach 8jähriger Pause wird in diesem Jahre der Westfälische Provinzial-Feuerwehrtag mit einem Verbandsfest wiederum verbunden werden. Die Veranstaltungen hierzu sind von der Freiwilligen Feuerwehr Münster übernommen, welche gleichzeitig ihr goldenes Jubelfest damit verbinden. Sie beginnen mit dem Kreisbrandmeistertag am 26. August. Am darauffolgenden Tage findet der eigentliche Verbandstag statt und am Sonntag, den 28. August, das Feuerwehrfest. Wie früher, ist auch mit dieser Tagung eine Ausstellung und Vorführung von Feuerlöschgeräten und Ausrüstungsgegenständen usw. verknüpft. Die Stadt und die Feuerwehr Münsters werden es sich nicht nehmen lassen, die Vorbereitungen zu den Veranstaltungen, der Bedeutung der Provinzialhauptstadt entsprechend, unter Berücksichtigung der zeitlichen Umstände, würdig zu treffen, wie dieses auch im Jahre 1896 beim Silber-Jubiläum der Münsterschen Feuerwehr der Fall gewesen ist. Die Zeit der Tagung ist so spät gewählt worden, damit in der Abwesenheit der Studenten der Universität usw. die Unterbringung und Verpflegung der Besucher des Festes gesichert werden konnte und andererseits die Haupterntearbeiten beendet sein werden. Es werden aus fünf Richtungen Extra-Züge beantragt werden. Es wird daher auf eine zahlreiche Beteiligung aller Feuerwehrkreise Westfalens gerechnet.

Eine Gedenktafel für seine gefallenen Mitglieder enthüllt am Mittwoch abend in würdiger Feier der Turn-Verein zu Kamen in seiner Turnhalle am Nordentor. Die Mitglieder, sowie Angehörige der Gefallenen ladet der Turnrat freundlich ein.

Bergkamen, 7. Juni. **Ein Blitzstrahl** traf am Samstag abend 7 Uhr das Haus des Herrn Buschmann, Töddinghauserstraße, und zündete. Der ganze Dachstuhl wurde ein Raub der Flammen. Nur dem schnellen und tatkräftigen Eingreifen der Bergkamener und Weddinghofer Feuerwehr ist es zu danken, daß nicht mehr vernichtet wurde.

Methler, 7. Juni. **Erweiterter Dienstbetrieb** ist mit dem 1. Juni bei der Verwaltungsnebenstelle in Methler eingetreten. Sämtliche Verwaltungsangelegenheiten für Oberaden, Niederaden, Weddinghofen, Methler, Westick, Wasserkurl werden jetzt in Methler erledigt. Damit ist einem dringenden Bedürfnis und langgehegten Wünschen der Bevölkerung Rechnung getragen worden.

*

Die Unterschlagung von 42250 M. bei der Soester Schupo vor dem Schwurgericht.

Dortmund, 6. Juni. Die ehemaligen drei Hilfswachtmeister bei der Soester Schutzpolizei Friedrich Bormann, Hans Worzwodt und Robert Knispel hatten sich wegen Urkundenfälschung und Betrug zu verantworten. Bormann ist jetzt 19 Jahre alt und ist, als die Polen ihn nach der Uebergabe seiner Vaterstadt Graudenz durch die Deutschen an Polen in das polnische Heer stecken wollten, nach Deutschland geflohen. Dort meldete er sich zum Eintritt in die Reichswehr und gab, da er mit 17 Jahren keine Aufnahme gefunden hätte, an, daß er 21 Jahre alt sei. Er wurde in Münster eingestellt und als Lohnlistenführer beschäftigt. Im vorigen Jahre wurde er in gleicher Eigenschaft zur Schutzpolizei in Soest versetzt. Auf dem Büro der Kassenverwaltung, in das er Einzug hielt, waren auch Worzwodt und Knispel tätig. Bormann, dessen Eltern nicht mehr leben, und dessen Vormund in Graudenz geblieben ist, ergab sich einem recht leichtsinnigen Lebenswandel und geriet in Schulden. Um sich aus seiner Notlage zu befreien, und die Mittel zur Fortsetzung seines lockeren Lebenswandels zu bekommen, beschloß er, einen Betrug in Szene zu setzen. Da die Steuern, die den Mannschaften vom Lohn abgezogen wurden, dem Finanzamt durch einen Scheck auf die Reichsbank überwiesen wurden, bekam er kein Bargeld in die Hand. Um dies doch zu bekommen, telephonierte er eines Tages im Januar d. J. aus der Stadt an die Kassenverwaltung seiner Truppe, daß künftig die Steuern in bar an das Finanzamt abgeführt werden möchten. Dann fälschte er eine schriftliche Benachrichtigung angeblich des Finanzamtes an die Kassenverwaltung der Schupo, in gleichem Sinne, um das telephonische Ersuchen zu bekräftigen. Bei Ablassung und Anfertigung dieses Schreibens halfen ihm Worzwodt und Knispel. Am 1. Februar wurde Bormann, da man nicht sogleich Argwohn geschöpft hatte, mit einem Scheck über 42 249 Mark zur Reichsbank geschickt, um dort den Betrag zu erheben und dem Finanzamt zu überbringen. Die 42 249 Mark hob B. ab, trug sie aber nicht zum Finanzamt, sondern steckte sie in seine Tasche. Dem B. gab er 6000 Mark, dem K. 3000 Mark. Damit die Geschichte nicht sogleich entdeckt werde, fälschte er auf den Nachweisen die Quittungsvermerke des Finanzamts, wobei die beiden wiederum hilfreiche Hand leisteten. B. hatte u. a. an einen Metzgermeister in Soest 9—10 000 Mark Schulden. Er hatte nämlich einmal seinem vorgesetzten Leutnant gegenüber renommiert, daß er durch gute Beziehungen zu einer ländlichen Schönen billig zu einem Schwein kommen könne. Der Leutnant bestellte ein Schwein und B. lieferte es für 2500 Mark. In Wahrheit hatte B. das Schwein für 5000 Mark bei einem Metzger gekauft und mußte natürlich 2500 Mark schuldig bleiben. Da andere Offiziere von der billigen Schweinequelle erfuhren, bestellten auch sie je ein Schwein und B. führte in gleicher Weise die Bestellungen aus. Weshalb er das gemacht, vermag er nicht zu sagen. Als er nun das viele Geld in der Tasche hatte, veranstaltete er mit verschiedenen Damen große Zechgelage und kleidete sich zivilitar neu ein. Auch seine Kumpanen kauften sich neue Zivilkleider. Bei Durchsicht der quittierten Steuernachweise bemerkte der vorgesetzte Offizier das Fehlen des Finanzamts-Stempels, der nachträglich eingeholt werden sollte. Als so die Geschichte zum Klappen kam, verließ Bormann die Kaserne, auch die andern drückten sich, wurden aber bald ermittelt und festgenommen. Bormann hatte noch etwa 60 Mark; von Worzwodt erhielt die Kassenverwaltung der Schupo 4000 Mark zurück. Knispel will einen Teil des ihm nach Ankauf von Kleidungsstücken übrig gebliebenen Betrags von 1400 Mark verloren haben. Gegen Bormann schwebt übrigens noch ein Verfahren wegen Unterschlagung von weiteren 18 000 Mark Lohngeldern. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten der Fälschung einer öffentlichen Urkunde zum Zwecke des Betrugs schuldig, billigten ihnen aber mildernde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte gegen Bormann 1 Jahr 6 Monate, gegen die beiden anderen je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Bormann zu 1 Jahr 3 Monaten, den Worzwodt zu 1 Jahr 2 Monaten, und den Knispel zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurden jedem mit 3 Monaten 3 Wochen angerechnet.

*

Falschmünzer vor dem Schwurgericht.

Dortmund, 6. Juni. Durch eine resolute Frau ist am 9. Oktober v. J. ein Mann aus Russisch-Polen, der sich damit befaßte, falsche 50-Markscheine in Verkehr zu bringen, der Dortmunder Polizei in die Hände gebracht werden. Dieser Mann, der 30 Jahre alte Aron Knobler, stand Samstag wegen Münzverbrechens vor den Geschworenen. Als im Jahre 1914 der Krieg ausbrach, hatte Knobler nichts Eiligeres zu tun, als seiner Heimat Polen den Rücken zu kehren, um nicht in das russische Heer eingereiht zu werden. Da er deutsch sprach, flüchtete er nach Deutschland und fand in Dortmund Arbeit. Am 8. Oktober traf er spät abends von Remscheid in Dortmund ein. Da er kein Nachtquartier in einem Gasthaus mehr bekam, folgte er einer Dirne in deren Behausung. Am nächsten Morgen suchte er das Cafe Hölscher am Westenhellweg auf, um eine Tasse Kaffee zu trinken. Er bezahlte mit einem 50-Markschein. Gefragt, ob er nicht einzelnes Geld habe, antwortete er verneinend, obwohl er für 257 Mark Kleingeld bei sich trug. Als Frau H. sich anschickte, anderweits zu wechseln, besah sie sich den Schein und entdeckte, daß er falsch sei. Da sagte sie dem Knobler, der es bestritt, sich aber nach Bezahlung mit Kleingeld, mit dem Schein schleunigst davon machte. Frau H. folgte dem verdächtigen Burschen und teilte einem Schutzmann mit, daß Knobler ein benachbartes Geschäft betreten habe, nachdem er sich mehrmals verdächtig umgesehen. Knobler kannte den Inhaber des Geschäfts, in das er gegangen, und ging, um die Toilette aufzusuchen, nach der Privatwohnung. Von dort kam er gerade in den Laden zurück, als der benachrichtigte Schutzmann nach ihm fragte. Diesem erklärte er, nur den einen 50-Markschein zu besitzen, der als falsch bezeichnet worden. Diesen habe er in Remscheid im Europäischen Hofe erhalten. Nachdem der Polizeibeamte mit Knobler den Laden verlassen, schöpften der Geschäftsinhaber und dessen Schwager Verdacht, durchsuchten die Wohnung und fanden in einem Bett versteckt einen Packen 50-Markscheine, 82 an der Zahl. Sofort nahmen sie diese, um sie zur Polizei zu bringen. Interessant war die Mitteilung des von der Reichsbank gesandten Sachverständigen, daß von den bei Knobler gefundenen Scheinen von Ende Juni 1920 bis Mitte Februar d. J. 26 383 Stück = 1 319 150 Mark, der Reichsbank vorgelegt worden seien. Inzwischen sei es gelungen, die Quelle dieser Scheine ausfindig zu machen und zu verstopfen. Es würde aber noch ein beträchtlicher Posten dieser Falschstücke im Umlauf sein. Das untrügliche Zeichen der Falschheit sei das Fehlen der in das Papier der echten Scheine eingestreuten braunen Faserchen. Manchmal würden diese Faserchen durch Striche nachgeahmt. Doch könne dies leicht festgestellt werden. Die falschen Scheine pflegten zuerst in Berlin aufzutreten; von da aus gingen sie an Grossisten, die sie wieder an meist russisch-polnische Kleinhändler zur Verbreitung weitergäben. Die Organisation dieser Gesellschaften sei vorzüglich. Keiner kenne seinen Vordermann und keiner verrate ihn. Die Geschworenen sprachen Knobler, der nicht gewußt haben will, daß er in Krakau falsches Geld erhalten, des Münzverbrechens nach § 147 St.-G.-B.s schuldig und versagten ihm mildernde Umstände. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 3 Jahre Zuchthaus und rechnete ihm die Untersuchungshaft mit 7 Monaten 3 Wochen an. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden Knobler auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

*

Dortmund, 6. Juni. (**Verschiedenes.**) Ueber Dortmund und Umgebung ist am Sonntag abend zwischen 5½ und 7 Uhr ein ungewöhnliches schweres Unwetter, verbunden mit Wolkenbrüchen und Hagelschlag von einer Heftigkeit niedergegangen, wie man ihn in der hiesigen Gegend schon seit langen Jahren nicht mehr erlebt hat. Die Schloßen übertrafen teilweise noch die Größe von Taubeneiern. Der an Feldern und Gärten angerichtete Schaden ist unermeßlich. — Auf einem Patrouillengange hörte nachts eine Polizeipatrouille in der Nähe des Steinernen Turms von einem Feldwege herkommend Hilferufe. Die Patrouille nahm 2 Personen fest, die an einem Mädchen ein **Sittlichkeitsverbrechen** begingen.

Vom Wege ab.

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

34. Fortsetzung.

Roland begriff endlich, daß nichts zu machen sei, und entfernte sich, das Herz voll Aerger, Unruhe und Sorge. Herrn Ricardins Haltung war ja gewiß aufrichtig. Da sein ganzes Bestreben offensichtlich dahin ging, mit Roland möglichst gut zu stehen, war es ausgeschlossen, daß er seine Hand zu einer Täuschung geboten hätte.

In bezug auf Frau Olga konnte Roland indessen ein gewisses Mißtrauen nicht los werden. Je länger er über ihr Benehmen nachdachte, desto deutlicher empfand er, daß ein falscher Ton in allem mitgeklungen hatte, was sie gesagt.

Freilich begriff er nicht, was sie mit einer Täuschung bezwecken sollte. War Stella kränker, als man ihn wissen lassen wollte? War sie gar nicht krank? Ahnte Frau Olga, daß er diesen Ausflug dazu benutzen hatte wollen, Genommen zu legen, und wollte sie deshalb ein so langes und ungestörtes Beisammensein des Brautpaares überhaupt verhindern?

Aber dann hätte Stella ja mit ihr im Bunde sein müssen.

Dies Tappen im Dunkeln, dieses Wittern einer unbestimmten Gefahr, der man nicht zu Leibe rücken konnte, weil man sie nur ahnte und nicht sah, quälte Roland unsäglich und machte ihn noch nervöser, als er schon war.

Zudem wußte er nicht, womit nun die Zeit zubringen? Es war Christtag. Der schlimmste Tag des Jahres für einen Junggesellen. In den Straßen drängte sich geputztes Sonntagspublikum, alle Lokale waren überfüllt. Zu seinen Leuten konnte — zu Bekannten mochte er nicht gehen. Die weihnachtsfrohen Gesichter ringsum reizten ihn förmlich.

Er begab sich in seine Wohnung und versuchte an einem kritisch philosophischen Aufsatz weiterzuarbeiten, den er vor längerer Zeit begonnen. Aber es ging nicht. Er war ein andrer geworden, seit er die Arbeit begonnen, und fand sich nicht mehr zurecht darin. Der Versuch zu lesen hatte denselben Erfolg. Seine Gedanken vermochten sich nicht zu konzentrieren.

Andre Bilder drängten sich unaufhörlich dazwischen. Bald war es ein zierliches Füßchen in dünnem Seidenstrumpf, dessen Aschenbrödelschuh eine flimmernde Agraffe von Strasssteinen zierte. Bald zwei perlmutterweiße Arme, die sich um seinen Nacken schlangen, während süße feuchtrote Lippen an seinem Ohr flüsterten: „Schütze mich vor ihm!" Blaue Kinderaugen umrankelten ihn, weiche Locken, in denen geheimnisvolle rötliche Lichter aufzuckten, schmiegten sich an seine Brust . . .

Roland atmete schwer. Das ganze Gemach schien plötzlich erfüllt von Ambre antique, er roch es ganz deutlich . . . es entzündete in ihm eine heiße Sehnsucht nach derjenigen, die es verschwenderisch gebrauchte. Wie Gift erfüllte und durchdrang diese Sehnsucht sein ganzes Wesen . . .

Ach — warum war Stella gerade heute krank? Warum konnte er nicht bei ihr sein? Ihre Nähe allein war Ruhe, ihre Zärtlichkeit Lethe . . .

Traumbefangen ging er endlich hinab in den Speisesaal des Hotels und aß mechanisch, was ihm der Kellner servierte. Dann irrte er, bedrückt von dem Gefühl einer großen Verlassenheit, planlos durch die Straßen.

Plötzlich fand er sich wieder in dem Vorgarten der stillen Gensaustraße, wo Stella wohnte. Es war drei Uhr nachmittags. Er stieg die Treppe hinauf, um sich nach Stellas Befinden zu erkundigen — in der stillen Hoffnung, sie vielleicht jetzt sehen zu können.

Vor der Tür blieb er einen Augenblick Atem schöpfend stehen. Drin ging es wieder einmal laut und lärmend zu. Monsieur und Madame führten eine erbitterte Wortschlacht. Besonders den Italiener hörte man förmlich toben. Dazwischen klang es, als würde mit zwei Fäusten unaufhörlich im Schnelltakt an eine Tür getrommelt. Madame hatte sich wahrscheinlich eingeschlossen. Von Stella oder den Mädchen war nichts zu hören.

Roland zog die Glocke. Der Ekel über diese ewigen widerwärtigen Szenen würgte ihn förmlich.

Ricardini selbst kam, um zu öffnen, denn die beiden Mädchen hatten, wie er sagte, Ausgang. Er sah übrigens bestürzt über Rolands Kommen, das er offenbar heute nicht mehr erwartet hatte. Sein Blick war scheu, seine Miene ängstlich, als er mit gekränkter Stimme erklärte, es ginge Stella absolut nicht besser und sie schliefe momentan.

„Bei dem Spektakel?" konnte Roland sich nicht enthalten, ungläubig zu fragen.

Aber Herr Ricardini protestierte. Das sei nur eine ganz kleine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und seiner Frau gewesen. Nicht der Rede wert. Wegen eines Silberlöffels, den Frau Olga verlegt habe. Durchaus nichts weiter . . .

Aber zu Stella könne er den lieben, teuren Baron wirklich nicht führen. Sie habe ausdrücklich gebeten, sie den ganzen Nachmittag ruhig schlafen zu lassen, damit sie morgen wieder frisch sei. Denn sie freue sich ja so sehr auf die Fahrt nach Baden . . .

Dabei blieb er, trotz aller Bitten und Gegenvorstellungen Rolands. Frau Olga ließ sich diesmal gar nicht blicken.

So mußte Roland schließlich abermals unverrichteter Sache abziehen.

Unten im Flur erwartete ihn die Hausbesorgerin. Sie habe es ihm schon lange sagen wollen, aber es sei eben nie eine rechte Gelegenheit gewesen. Jetzt könne sie es nicht länger hinausschieben, denn alle Parteien im Hause hielten sich schon auf. So ein Spektakel — er habe es ja selbst gehört —, sogar die Dienstmädchen hätten geschaut, sobald als möglich fortzukommen heute, denn seit die Gnädige oben mit dem Fräulein vormittags aus der Kirche zurückgekommen sei, ginge es nun so fort mit Geschrei und Gepolter. Und das sei noch nie dagewesen in diesem Hause. Und bei aller Hochachtung vor dem Herrn Baron werde er doch einsehen, daß dies nicht so weitergehen könne und der Hausherr kündigen müsse, wenn nicht eine Aenderung einträte . . .

Roland hatte von all dem nur gehört, daß Stella mit ihrer Mutter in der Kirche gewesen war. Seine Ahnung hatte ihn also nicht betrogen. Man hatte unter dem Vorgeben, Stella sei krank, nur seinen Ausflug mit ihr verhindern wollen.

„Die Damen waren wirklich aus?" fragte er trotzdem, in einem Rest von Zweifel und Hoffnung.

„Ja, Herr Baron. Erst hieß es ja, das gnädige Fräulein sei krank, und sie lag auch zu Bett. Aber nein, so gegen halb elf, stand sie auf, und beide Damen fuhren zur Messe in der Burgkapelle. Ich hörte, wie die Gnädige es dem Kutscher sagte. Und auch, wie sie zum gnädigen Fräulein sagte: „An einem so hohen Feiertag nicht in die Kirche zu gehen, wäre doch nicht angegangen." Na, und dagegen läßt sich ja auch nichts einwenden, und das gnädige Fräulein sah auch gar nicht krank aus . . . Jetzt aber wegen dem Spektakel, den der alte Geizdrache oben, mit Respekt zu sagen, nachher machte . . ."

„Es ist gut. Darüber reden wir ein andermal", unterbrach sie Roland, nickte und entfernte sich rasch.

Einen Augenblick lang war er ja in Versuchung gewesen, umzukehren, diesem Weib oben die Wahrheit ins Gesicht zu schleudern und sich den Zutritt zu seiner Braut zu erzwingen. Aber dann waren ihm Mrs. Pratts Worte eingefallen: Diese Leute sind stärker als wir, weil wir nicht mit den gleichen Waffen kämpfen können.

Und dann: er wollte auch nicht. Sie ekelten ihn zu sehr an. Nur mit Stella allein hatte er sich auseinanderzusetzen . . .

Wieder durchmaß er planlos Straße um Straße. Vor einer Auslage mit Maschinenbestandteilen am Kaiser-Wilhelms-Ring stand er eine halbe Stunde, bis ihm jemand spöttisch sagte: „Wenn Sie hier einkaufen wollen, müssen Sie in zwei Tagen wiederkommen. Heute und morgen sind alle Geschäfte geschlossen."

Beschämt und verwirrt eilte er weiter. Plötzlich an der Ecke einer Seitengasse, die zum Karlsplatz führte, wäre er beinahe mit einem Herrn zusammengerannt.

„Pardon!" sagte der Herr höflich und wollte mit einem flüchtigen Seitenblick vorüber, stutzte aber dann, während ein spöttisches Lächeln über sein ausdrucksvolles Gesicht glitt.

Roland hatte ihn auf den ersten Blick erkannt. Es war Egon Winter. Ohne klar zu wissen, was er tat, vertrat er ihm den Weg. Der andre maß ihn erstaunt.

„Wünschen Sie vielleicht etwas von mir?" fragte er, und wieder umspielte das falsche Lächeln seine Lippen.

Dieses Lächeln brachte Roland um den letzten Rest von Besinnung. Wie ein stechender Schmerz bohrte es sich in seine Stirn.

„Ja: Ich wünsche zu wissen, warum Sie mein Anblick so heiter stimmt und woher Sie die Dreistigkeit nehmen, einer Dame Blumen zu schicken, die Sie nicht das mindeste angeht!"

Egon Winter lächelte nicht mehr. Während sich die Blicke beider Männer kreuzten wie Degenklingen, sagte er kalt: „Das ist eine Angelegenheit zwischen dieser Dame und mir. Ihnen bin ich darüber keine Rechenschaft schuldig."

„Doch. Ich verlange sie: Ich verlange noch mehr. Ihr Ehrenwort, daß Sie nie mehr . . ."

„Ach so. Sie wollen Streit mit mir anfangen?" lachte der Schauspieler verächtlich. „Aber ich mache Sie darauf aufmerksam, Herr Baron, daß sich dies bei mir nicht lohnt. Ich bin ein Gegner des Zweikampfes und erwarte noch viel zu viel von meinem Leben, um es Ihretwegen aufs Spiel zu setzen!"

„Feigling!" rief Roland außer sich. „Dann werde ich Sie züchtigen!" Er hob die Hand, aber Winter schleuderte sie mit einer brutalen Bewegung von sich.

„Machen Sie sich nicht lächerlich! Da ich, ein Feigling bin, wird sich ja zeigen. Ich werde Ihnen beweisen, daß ich weder Sie noch Ihre Drohungen fürchte."

Roland stand allein. Ein paar Vorübergehende waren, durch den Wortwechsel aufmerksam gemacht, stehengeblieben und starrten ihn neugierig an. Auch ein Schutzmann war näher gekommen und musterte ihn verstohlen.

Der blasse Mann mit dem verstörten Blick, der jetzt fluchtartig weiterrannte, mochte ihm nicht ganz geheuer erscheinen.

Roland, dem eine tolle Wut das Blut wie siedendes Blei durch die Adern trieb, merkte, daß er ihm beobachtend folgte. Er stand jetzt vor dem Künstlerhaus am Karlsplatz. Und er hatte das dumpfe Gefühl, daß, wenn jener ihn noch länger so verstohlen beobachtete wie einen Dieb, der Silberlöffel gestohlen hatte, er auch Streit mit dem Schutzmann anfangen würde . . .

Hilflos blickte er um sich. Dann stieg er mechanisch die Treppenstufen zum Eingang des Künstlerhauses hinan.

„Die Ausstellung wird in einer Viertelstunde geschlossen", sagte jemand zu ihm, als er an der Kasse stand.

Roland antwortete nicht. Er warf ein Goldstück hin, wartete gar nicht ab, daß man ihm herausgab, und drängte der nächsten offenen Tür zu, aus der eine Schar Menschen dem Ausgang zustrebte.

(Fort. folgt.)

Apferbeck, 6. Juni. **(Fortgesetzte Einbrüche — Beraubung der katholischen Kirche.)** Schon seit einigen Wochen treibt in hiesiger Gegend ein lichtscheues Gesindel sein Unwesen durch Einbruchsdiebstähle bei Bewohnern in Apferbeck, Apferbeckermark, Sölde, Sölderholz, die fast ausschließlich dem minderbemittelten Stande angehören. Die Diebe haben es dabei hauptsächlich auf Wäsche, Schuhe und Kleidungsstücke abgesehen, die sie aus den parterre liegenden Zimmern herausholen. Anscheinend handelt es sich hier um Berufsdiebe, da es mehrfach vorkommt, daß sie manche Gegenstände unweit der Wohnungen der Bestohlenen liegen lassen. Es dürfte sich empfehlen, in der jetzt so unsicheren Zeit sämtliche Kleidungsstücke sowie Wäsche und Schuhe nicht in den unten im Hause belegenen Zimmern zu belassen. — Unter anderem wurde auch in der Nacht zum 3. d. Mts. ein Einbruchsdiebstahl in der katholischen Kirche ausgeführt. Die Diebe hatten eine Eisenstange vor einem Sakristeifenster aus dem Mauerwerk herausgebrochen und waren so in das Innere der Kirche gelangt, aus welcher sie 6 silberne Kerzenständer, 6 messingene Kerzenfassungen, 1 Eichenkranz aus Silber, 1 dickes Meßbuch und eine blaukarierte Schutzdecke (Art Tischläuferstoff) entwendeten. Wie verlautet, soll vor einigen Wochen in der kath. Kirche zu Asseln ein ähnlicher Einbruchsdiebstahl verübt worden sein. Daß man auch vor Kircheneinbrüchen nicht mehr zurückschreckt, zeugt von einem sehr bedauerlichen Tiefstand einiger Teile unseres Volkes.

Holzen, 6. Juni. **(Totgedrückt.)** Ein Opfer seines Berufs wurde der unweit der Ziegelei wohnende Eisenbahnschaffner Karl Höhne, ein Mann Anfang der 40er Jahre. Im Bahnhof Dortmunderfeld geriet er beim Rangieren seines Zuges so unglücklich zwischen die Puffer zweier Wagen, daß ihm der Brustkorb eingedrückt wurde und der Tod auf der Stelle eintrat. Der Verunglückte hinterläßt seiner Witwe ein noch in jugendlichem Alter stehendes Kind.

Arnsberg, 6. Juni. **Zwei schwere Eisenbahndiebstähle** fanden vor der Strafkammer ihre Sühne. Der 1894 in Padberg geborene Sattler Heinrich Becker aus Oeventrop, der eine Zeitlang auf der Hauptwerkstatt Arnsberg arbeitete, fuhr vergangenen Herbst häufig als „blinder Passagier" nachts mit einem Güterzuge von Oeventrop nach Arnsberg. In Arnsberg sprang er dann auf den nachts gegen 2 Uhr abfahrenden Eilgüterzug und versuchte dann den Zug zu berauben. Am 20. September bestieg Becker in Arnsberg wieder den Eilgüterzug und warf kurz vor der Station Oeventrop etwa 21 Tuchballen, die Stoffe im Werte von 200 000 Mk. enthielten, und eine Kiste mit Schuhwaren im Werte von 50 683 Mk., sowie für 2150 Mk. Läuferstoffe und 5 Wagendecken aus dem Zuge heraus. Mit seinem Komplizen, den 1901 geborenen Handlungsgehilfen Willi Heister aus Oberhausen und dem 1891 geborenen Kaufmann Weirich aus Oberhausen, wurde B. am Morgen gegen 6 Uhr beobachtet, wie auf einem Handwagen die Schuhe in der Nähe der Eisenbahnbrücke aufluden und fortschaffen wollten. Ein Teil des Stoffes wurde bei dem Schneider Bernhard Nolte in Giershagen beschlagnahmt. Außer den bereits genannten Personen standen noch fünf weitere Personen aus Fretterohl und Giershagen vor der Strafkammer unter der Anschuldigung der Begünstigung und der Hehlerei. Diese fünf wurden freigesprochen. Becker, Weirich und Heister wurden des gemeinschaftlichen Diebstahls für schuldig befunden und Becker zu 1½ Jahren, Weirich und Heister zu je 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Nolte erhielt wegen Hehlerei 4 Monate Gefängnis.

? **Altena**, 6. Juni. **(Heldenbegräbnis.)** Donnerstag nachmittag brachte man einen Altenaer Freiheitshelden Karl Kölsche zur letzten Ruhe. Fern von der Heimat auf schlesischer Erde hatte ihn die Kugel eines polnischen Insurgenten durch einen Kopfschuß niedergestreckt. Er war einer der ersten mit, der hinauseilte, um deutsche, hart bedrängte Bewohner zu schützen. Sonntag abend kam seine Leiche hier an. Gemeinsam mit einem toten Kameraden aus Dortmund brachte man ihn nach den heimatlichen Fluren zurück.

** **Bochum**, 6. Juni. **Der gefürchtete Ein- und Ausbrecher Fritz Breuer**, der Schrecken Recklinghausens, welcher bisher eine Gesamtstrafe von 42 Jahren Zuchthaus erhalten hat, ist Freitag vormittag aus dem Zellengefängnis mit dem Sträfling Konrad Biermann aus Bochum ausgebrochen. Breuer sollte als Zeuge vor der Strafkammer vernommen werden. Als man ihn aus der Zelle holen wollte, war diese leer, das eiserne Zellengitter durchbrochen. Nach den Fußspuren zu rechnen, hat Breuer den Weg über die Mauer der anliegenden Abc-Schule genommen. Die Polizei des gesamten diesseitigen Industriebezirks wurde sofort von der Flucht Breuers benachrichtigt. Der gemeingefährliche Geselle ist bereits mehrfach ausgebrochen. Seine Festnahmen spielten sich stets unter gewalttätigen Szenen ab. So schoß Breuer hierbei einen Gendarmen nieder, ein andermal verletzte er mit der Schußwaffe zwei Kriminalbeamte schwer. Vom Osnabrücker Schwurgericht erhielt Breuer wegen Totschlags allein 15 Jahre Zuchthaus. Bei der höchsten Gemeingefährlichkeit dieses Gesellen muß es als geradezu unverständlich bezeichnet werden, daß er ungefesselt in das Zellengefängnis der Strafkammer übergeführt worden ist. Vor kurzer Zeit hatten schon mal zwei schwere Jungen die Gitterstäbe desselben Zellengefängnisses durchsägt. Die Ausbrecher konnten aber noch im Hofe des Landgerichtsgebäudes abgefaßt und überwältigt werden. Die dann wieder zusammengeschweißten Stäbe hat Breuer mit seinem Zellengenossen durchschlagen.

: **Halden**, 4. Juni. **Mit einem furchtbaren Knall** schlug der Blitz in eine der riesigen Eichen des Landwirts W. Köster auf dem Dumbruckshofe bei Halden ein. Wie furchtbar die Wirkung des Blitzes war, zeigt der lose Spalt, der den Baum der Länge nach von oben nach unten durchzieht, u. die breite losgelöste Rindenschicht. Kurz nach dem Einschlagen war ein starker Schwefelgeruch bemerkbar. Menschen und Tiere waren glücklicherweise nicht unter der Eiche. Da die Eichen guter Leiter für den Blitz sind, sei jedem angeraten, der strömendem Regen, der von einem Gewitter begleitet ist, niemals unter Eichbäumen Schutz zu suchen.

(bu) **Bauer**, 4. Juni. **(Der Polizeihund als Lebensretter.)** Der bekannte Polizeihund „Tango", der schon wiederholt Proben seiner Tüchtigkeit abgelegt hat, rettete einem Knaben das Leben. Ein Junge, der im Teich des Schlosses Berge badete, hatte sich zu weit vom Ufer entfernt und war nahe daran, zu ertrinken. „Tango", der gerade mit seinem Besitzer des Weges kam, wurde ins Wasser geschickt. Der Hund faßte den Knaben und brachte ihn sicher ans Land, wenn auch die Lebensrettung nicht ohne einige Bißwunden vor sich ging.

Lüdinghausen, 6. Juni. **(Eine entmenschte Mutter.)** Im Walde bei Kluten wurde die Leiche eines etwa ¼ Jahr alten Mädchens ausgegraben, das von seiner unmenschlichen Mutter ertränkt und dann verscharrt worden.

(W) **Elberfeld**, 6. Juni. **(Demokratischer Parteitag.)** In der Stadthalle fand gestern der erste gemeinsame Parteitag der Deutschdemokratischen Partei statt. Reichsminister Dr. Schiffer sprach in einer bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede u. a. über die Wechselbeziehungen zwischen innerer und äußerer Politik. Er gab einen eingehenden Ueberblick über die Entwicklung der Dinge seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages, insbesondere über die Londoner Verhandlungen und über die Vorgänge in den Tagen, die der Unterzeichnung des Ultimatums vorausgegangen sind. Nach Schiffer sprach der Reichstagsabgeordnete Erkelenz über die Gründe für und gegen die Annahme des Ultimatums. Er wandte sich gegen den Parteigeist, der sich in den letzten Tagen im Reichstage in erschreckender Weise gezeigt habe. Die beiden Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Es fand eine ausgiebige Besprechung statt. Es wurde in der oberschlesischen Frage einstimmig eine Entschließung angenommen, die dem Reichskanzler telegraphisch übermittelt wurde und in der u. a. schärfster Einspruch gegen die noch immer andauernde Vergewaltigung Oberschlesiens durch polnische Banden unter Duldung der Franzosen erhoben wird. Von der Regierung wird gefordert, daß sie erneut von der interalliierten Kommission die Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände und Schutz für die schwerbedrängte deutsche Bevölkerung in Oberschlesien verlangt. Der Parteitag erwartet die Aufstellung klarer Richtlinien für die äußere Politik, die die Partei zu vertreten gewillt ist.

** **Düsseldorf**, 6. Juni. **(Neues Zeitungsverbot.)** Auf Befehl des Kommandeurs des Brückenkopfes der Stadt Düsseldorf ist das „Düsseldorfer Tageblatt" auf die Dauer von vier Tagen verboten worden. Der Redakteur Franz Weber ist mit 4 Tagen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe bestraft worden. Der Grund der Bestrafung ist die Veröffentlichung von Artikeln, die geeignet sind, die Ehre und Würde der Besatzungstruppen herabzusetzen.

** **Köln**, 6. Juni. **(Dreifache Hinrichtung.)** Samstag morgen wurden im hiesigen Gefängnis Klingelpütz zwei Männer und eine Frau aus Koblenz bezw. Trier wegen eines zu Koblenz verübten Mordes hingerichtet.

(bu) **Geilenkirchen**, 6. Juni. **(Raubmord an einem 60jährigen.)** In Tripsrath wurde der 60jährige Witwer Johann Breuer ermordet. Man fand ihn mit gräßlichen Kopfwunden geknebelt als Leiche im Bett. Kisten und Kasten waren nach Geld durchsucht.

23. General-Versammlung
des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Aus der Mittwoch-Sitzung ist noch nachzutragen, daß ein Antrag auf gesetzliche Festlegung der Siebenstundenschicht für die Uebertagearbeiter als im Augenblick undurchführbar abgelehnt wurde. Mehrere Anträge, die den Kommunistenputsch in Mitteldeutschland verurteilen, wurden angenommen. Die am Schluß der Sitzung vorgenommenen Abstimmungen haben erwiesen, daß die Moskauer Richtung innerhalb des Verbandes keinen nennenswerten Anhang mehr besitzt. Gegenüber den 200 Stimmen, die sich entschieden für die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ausgesprochen haben, bedeuten die 7 Stimmen, die sich für Moskau aussprachen, gar nichts. Alle Anträge der kommunistisch-syndikalistischen Richtung wurden mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

In der Donnerstag-Sitzung wurde nach dem Referat des Hauptkassierers Bittner-Bochum in die Erörterung der Anträge zur Satzungsänderung eingetreten. Zur Sozialisierungsfrage im Bergbau ist folgender Beschlußantrag eingebracht worden:

Die 23. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands nimmt Kenntnis von dem Beschluß der Konferenz des Vorstandes und der Bezirksleiter am 15. Januar d. J. zur Sozialisierungsfrage und erklärt sich mit ihm einverstanden. Der Beschluß lautet: „Die am 15. Januar und folgende Tage in Berlin tagende Konferenz des Vorstandes und der Bezirksleitungen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erklärt, daß sie an dem Beschluß der Generalversammlung in Bielefeld 1919 über die Sozialisierung des Bergbaues und an der gleichgerichteten Entschließung des Internationalen Bergarbeiterkongresses festhält. Wir verstehen unter Sozialisierung die Uebertragung der Verfügungsgewalt über die Gewinnung und Verteilung der Bodenschätze auf eine durch die Reichsgesetzgebung berufene Vertretung des Volksganzen. Die in jüngster Zeit rapide fortgeschrittene privatkapitalistische monopolistische Vertrustung der Bergbauindustrie bedroht die Interessen des Volksganzen in steigendem Maße. Der notwendige Schutz der öffentlichen Interessen gegen diese privatkapitalistische, monopolistische Beherrschung unserer wichtigsten Rohstoffindustrie ist der Hauptgrund für unsere Sozialisierungsforderung. Die Sozialisierung ist keine spezielle „Bergarbeiterfrage", sondern eine Volksangelegenheit. Die Unternehmervorschläge beabsichtigen keine Sozialisierung, sondern eine außerordentliche Unterstützung der Vertrustungsbestrebungen. Der Vorschlag, „Kleinaktien" herauszugeben, will die krasse mammonistische Gewinnsucht noch verstärken. Der Bergarbeiterverband lehnt sie entschieden ab. Wir fordern von der Reichsregierung, daß sie am 5. August und 22. September 1920 gegebene Versprechungen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die tatsächliche Sozialisierung des Bergbaues bezweckt, ohne Verzögerung einlöst. Ferner begrüßt die Generalversammlung den Beschluß des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 19. und 20. Januar zur Frage der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft; dieser Beschluß entspricht unserer Auffassung von der dringlichen volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Notwendigkeit der Ueberführung des Kohlenbergbaues aus der privatkapitalistischen in die gemeinwirtschaftliche Betriebsform. Die Generalversammlung erwartet von der Reichsregierung, daß sie alsbald der systematischen Verschleppungstaktik der Sozialisierungsfeinde ein Ende macht und dem Reichstag ein Gesetz vorschlägt, durch welches den privaten Trustkapitalisten die Verfügung über unsere mineralischen Bodenschätze entzogen wird.

Ueber die Arbeitsgemeinschaften, die als Hauptredner Abg. Waldecker behandelt hatte, sprache als Korreferent Pieper-Dortmund (U. S. P.), der sich als Gegner der Arbeitsgemeinschaften bekannte. Erst, als die Kriegsereignisse zur Katastrophe drängten, hätten sich die Unternehmer herbeigelassen, sich mit den Arbeitern an einen Tisch zu setzen. Augenblickserfolgen zuliebe dürften die Arbeiter nicht in Harmonieduselei verfallen. Tarifverträge könnten auch ohne Arbeitsgemeinschaften abgeschlossen werden, wenn die Handarbeiter Schulter an Schulter mit den Kopfarbeitern kämpfend ihre Macht gebrauchten. Durch die Arbeitsgemeinschaften hätten die Gewerkschaften ihren klassenkämpferischen Charakter verloren, durch den sie groß geworden seien. Es werde die Zeit kommen, wo es nur noch ein Hüben und ein Drüben gebe. Der Redner schloß unter dem Beifall seiner Gesinnungsfreunde mit der Aufforderung, den Arbeitsgemeinschaften den Rücken zu kehren.

Der Belgier Djeter verabschiedete sich von der Generalversammlung mit der Versicherung, daß er die besten Eindrücke empfangen habe. Der Verlauf der Verhandlungen habe ihm bewiesen, daß die deutsche Bergarbeiterschaft den Kampf gegen Kapitalismus und Militarismus in ernster Weise führe. Nach einer Entgegnung des Vorsitzenden Husemann-Bochum, der der belgischen Delegation für ihr Erscheinen dankte, wurde von der Versammlung stehend die Internationale gesungen.

Freitag Vormittag wurde die Besprechung über die Arbeitsgemeinschaften fortgesetzt. Abg. Hue sprach ein starkes Wort für die Beibehaltung der Arbeitsgemeinschaften. Er bat, nicht alles, was von der Unternehmerseite komme, ohne weiteres ablehnend zu behandeln, und erinnerte daran, daß jetzt sogar die russischen Bolschewisten es für zweckmäßig halten, sich der Hilfe ausländischer Kapitalisten beim Wiederaufbau zu versichern. Helbrück-Saarbrücken (Kommunist) bekennt sich als schroffer Gegner der Arbeitsgemeinschaften und sagt, wenn andere Länder ebenso wie Rußland die Kapitalisten beseitigt hätten, dann stände es besser. Die weitere Diskussion und die Schlußworte brachten nichts wesentlich neues.

In einer Erklärung forderte Hue den Redner Helbrück auf, seine Behauptung, die Spandauer Reichswerke arbeiteten mit Unterbilanz, zu begründen. Helbrück blieb diese Begründung schuldig.

Bei der Abstimmung wurde die vom Vorstande und den Bezirksleitungen vorgelegte Entschließung, die das weitere Verbleiben bei der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale fordert, mit überwältigender Mehrheit angenommen und eine andere Entschließung, die den Austritt verlangt, abgelehnt.

Ueber den Nürnberger Gewerkschaftskongreß berichtete Stöcker-Gießen. Eine von ihm begründete Entschließung, die vom nächsten Gewerkschaftskongreß erneut die Schaffung von Industrieverbänden fordert, wurde einstimmig angenommen.

Undeutsch-Halle gab den Bericht über den Internationalen Bergarbeiterkongreß in Genf. Er betonte, daß man den christlichen Gewerkvereln auf künftigen internationalen Kongressen nicht mehr vertreten zu sehen wünsche, wenn es sich bewahrheitete, daß er die Schaffung einer besonderen christlichen Gewerkschaftsinternationale betreibe.

Im weiteren Verlaufe wurde eine von der Redaktionskommission bearbeitete längere Entschließung betreffend die Haltung des Verbandes mit allen gegen 24 Stimmen angenommen. In der Entschließung wird betont, daß sich der Verband gegenüber allen politischen Parteien und religiösen Gemeinschaften in völliger Unabhängigkeit erhalten will, daß er seine Zugehörigkeit zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde bekennt und die Unterwerfung unter die Moskauer Internationale mit aller Entschiedenheit ablehnt. Die Generalversammlung begrüßt ferner entschieden die bestimmte Stellungnahme des Verbandsvorstandes gegenüber den gewerkschaftsschädigenden Kernzellenbauern und billigt den Ausschluß solcher Mitglieder, die auf die Abtrennung des Verbandes vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunde und von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hinarbeiten oder die für Kandidatenlisten agitieren, die nicht vom Verbande gebilligt sind.

Schwere Unwetter über den Maingau.

(TU) **Frankfurt a. M.**, 6. Juni. Sonntag nachmittag entlud sich über dem Maingau und der Stadt Frankfurt ein seit Jahren nicht erlebtes Unwetter, das überall durch Ueberschwemmung und Blitzschläge großen Schaden anrichtete. Wiederholt schlug der Blitz auch in die Straßenbahn ein, wodurch Betriebsstörungen verursacht wurden. Im Stadtteile Sachsenhausen waren die Straßen in kurzer Zeit in Seen verwandelt, deren Fluten sich in die Keller ergossen.

*

— **Ausschreitungen in einem Lazarett.** In dem orthopädischen Versorgungskrankenhaus im Schlosse Charlottenburg kam es zu schweren Ausschreitungen der Lazarettinsassen. Ein Assistenzarzt wurde schwer mißhandelt. Das Hauptversorgungsamt hat die Verlegung in ein anderes Lazarett verfügt. Die Gemaßregelten weigerten sich jedoch der Anordnung Folge zu leisten. Daraufhin ist ihnen die Verpflegung gesperrt worden.

— **Die Anklage gegen Jeannin und seine Freundin.** Gegen den wegen sittlicher Verfehlungen verhafteten Berliner Jäger Emil Jeannin ist auf Antrag des Staatsanwaltes wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an Kindern unter 14 Jahren Anklage erhoben worden. Wegen Beihilfe ist die Tochter des Kaufmanns Hahn mit angeklagt.

— **Selbstmord eines spanischen Generalstabsoffiziers.** Der 30jährige spanische Generalstabsoffizier Ramon Dendartena Tourne hat sich in seiner Wohnung in Berlin-Schöneberg erschossen; allem Anschein nach hat er die Tat im Verfolgungswahn begangen.

*

Kleine Nachrichten.

Der australische Ministerpräsident setzte den Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch in Kenntnis, daß die australische Regierung die neue Verwaltung in der ehemals deutschen Kolonie Neu-Guinea einführte.

Ein Erlaß des preußischen Ministers des Innern ermächtigt die Regierungspräsidenten, den Schluß der Polizeistunde für die Sommermonate bis auf 11.30 Uhr hinauszusetzen.

Krassin ist wieder in London eingetroffen.

Die portugiesische Kammer ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen sind für den 1. Juli ausgeschrieben.

Der Streik der Neuyorker Angestellten der Bekleidungsindustrie, an dem 65 000 Personen beteiligt waren, und der seit Dezember andauerte, ist beigelegt. Die Arbeiter haben einer 15-prozentigen Lohnverminderung zugestimmt.

Eine Gruppe Abgeordneter der Kammer beauftragte zur Wahrung der Interessen der französischen Weinbautreibenden gegen die Entschließung der deutschen Regierung zu protestieren, wodurch die Einfuhr französischer Weine nach Deutschland untersagt wird.

Der neue Minister des Aeußeren Dr. Rosen hat sich zur Uebergabe seines Abberufungsschreibens nach dem Haag begeben.

Infolge der gegenwärtigen Krise haben die belgischen Spinnereien beschlossen, die Fabriken während einer Woche ganz zu schließen.

Die französischen Seeleute haben beschlossen, sich im Interesse der französischen Handelsflotte im allgemeinen in eine Verringerung der Löhne einverstanden zu erklären.

In Paris ist ein antibolschewistischer nationalrussischer Kongreß zu einer auf etwa 5 bis 6 Tage berechneten Tagung zusammengetreten. Der Zweck des Kongresses ist, unter Ausschluß der Anhänger der russischen Reaktion eine Einheitsfront gegen den Bolschewismus herzustellen.

In Cartagene ist das erste in Spanien gebaute Unterseeboot vom Stapel gelaufen.

Vereinsnachrichten.

Hamm, 6. Juni. **In der Mitgliederversammlung** der Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei Hamm vom 1. Juni cr. wurde nach einem Vortrage des Herrn Generalsekretärs Koester-Dortmund folgende Resolution über Oberschlesien einstimmig angenommen: „Die am 1. Juni cr. im Hotel Buschkühle zu Hamm stattgefundene Versammlung der Deutschen Volkspartei hat mit Entrüstung von den Vorgängen in Oberschlesien Kenntnis genommen. Der durch die Abstimmung zum Ausdruck gekommene Wille der oberschlesischen Bevölkerung, mit dem deutschen Mutterlande vereint zu bleiben, ist durch den Einfall der Korfanty-Banden in brutaler Weise vergewaltigt worden. Mit Bedauern müssen wir das völlige Versagen der Interalliierten Kommission, besonders die parteiische Haltung der Franzosen, feststellen. Wir verlangen, daß die Entente auch ihrerseits ihre Verpflichtungen gemäß dem Friedensvertrage erfüllt und unverzüglich die Ordnung wiederherstellt. Oberschlesien darf nicht der Spielball fremder Interessen werden. Wir verlangen unser Recht und erwarten, daß ganz Oberschlesien Deutschland zugesprochen wird. Von der Reichsregierung verlangen wir, daß sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unsere Rechte schützt und nur einer Regelung zustimmt, die dem Abstimmungssieg entspricht, d. h., daß Oberschlesien ungeteilt deutsch bleibt."

Iserlohn, 6. Juni. **Die Hauptversammlung** des Sauerländischen Gebirgsvereins verbunden mit dem 18. Sauerländischen Gebirgsfest drückte der Gebirgsstadt zwei Tage lang den Stempel einer von Liedern und Frohsinn durchfluteten Stadt auf. Am Samstag nachmittag begrüßte der 1. Hauptvorsitzende, Stadtrat Perker-Hagen, die weit über 200 Teilnehmer an der Jahresversammlung mit einem kurzen Rückblick auf das in den bisherigen 30 Jahren Geleistete. Namens der Stadt Iserlohn sprach Bürgermeister Dr. Schulte, namens des Landkreises Landrat Dr. Loos, und namens der Regierung von Arnsberg Geh. Reg.-Rat Rahm in herzlichen Worten über die vaterländischen Ziele des S. G. V. und den Zusammenhang mit der Heimat. Ausführlichen Jahresbericht erstattete der Geschäftsführer Schult. 1920 brachte dem S. G. V. seinen größten Mitgliederzuwachs mit 7240; augenblicklich zählt der Verein in über 200 Abteilungen nahezu 29 000 Mitglieder und ist damit der stärkste Verein dieser Art in Norddeutschland. Von den Behörden werden die idealen Bestrebungen des S. G. V. immer mehr gewürdigt und durch Erlasse wie Zuschüsse wesentlich unterstützt. Dem Tier- und Pflanzenschutz im Sauerlande widmet der Verein neuerdings ebensosehr seine Aufmerksamkeit wie der größeren Ausdehnung des Heimatschutzes und der Heimatpflege. Die diesjährige Ausstellung „Kunst und Künstler des Sauerlandes" war von gutem Erfolge gekrönt. Die Förderung der Jugendherbergen und der Jugendpflege in eigenen Jugendgruppen (für erstere wurden 2000 Mark zur Jugendherberge Hohensyburg bewilligt) nahm breiten Raum ein. Nachdem der Vorsitzende des Hauptwegeausschusses Ewald-Hagen über dessen Arbeiten und der Hauptvorsitzende über die Tätigkeit des Verkehrsausschusses berichtete, wurde die Jahresabrechnung 1920 abgenommen und der Haushaltsplan für 1921 genehmigt, darauf die Jahresabgabe an den Hauptverein seitens der einzelnen Abteilungen auf 6 Mark für jedes Mitglied festgesetzt wurde, woraus ein erheblicher Teil zur Pflege praktischen Heimatschutzes verwandt werden soll, wurden einige Anträge der Abt. Dortmund auf Errichtung eigener Wanderherbergen und besserer Schutz der Naturdenkmäler dem Hauptvorstand zur Erledigung überwiesen und die Jugendpflege im S. G. V. eingehend behandelt. Nach den 8stündigen Verhandlungen vereinigten sich an 2000 Festgäste im Saale der Alexanderhöhe zu einem prächtigen Unterhaltungsabend, bei dem auch die Jugendgruppen mitwirkten. Während am Samstag der Himmel regenschwere Wolken über Iserlohns Wälder entsandte, lachte am Sonntag die Sonne über noch weit mehr tausende alter und neuer Festgäste, darunter über 600 Jugendgruppenmitglieder, die sich nach einem geschlossenen Festzuge durch die Stadt an den Stadtteichen im Walde den ganzen Tag über mit Wettkämpfen, Spielen, Tänzen, Singen und Tummeln auf dem Rasen nicht nur die Zeit vertrieben, sondern auch ihr ganzes Können den daran vorbeigeführten Aelteren zeigte. Außer einer gemeinsamen Besichtigung der Kunstausstellung und einem Frühkonzerte am Rupenteich gabs dann als eigentlichen Abschluß des Gebirgsfestes ein von 500 Personen besuchtes Festessen.



Nach Gottes heiligem Willen entschlief sanft nach längerem, schwerem Leiden heute morgen 7½ Uhr unser einzigstes innigstgeliebtes Töchterchen und Schwesterchen

Anni Kilp

im vollendeten 10. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz:

Kas. Szymaniak
Anna Szymaniak verw. Kilp, geb. Crote
Willi Kilp
Herbert Kilp.

Overberge, den 6. Juni 1921.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Juni, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt. p2676

Zigarren **Tabak**
Zigaretten **Kautabak**

Geschäfts-Eröffnung.

Den geehrten Bewohnern von Kamen und Umgegend zur Kentnisnahme, daß ich am hiesigen Platze, **Ecke Schul- und Weststraße, ein**

Spezialgeschäft für Tabakwaren

eröffnet habe. Es wird stets mein Bestreben sein, durch Verkauf von nur erstklassiger Qualitätsware sowie durch reelle und prompte Bedienung die Zufriedenheit aller zu erringen und bitte ich darum, mein junges Unternehmen in jeder Weise unterstützen zu wollen.

2674

Emil Aschhoff,

Kamen, Schulstraße 4. **Kamen**, Schulstraße 4.

Geschäfts- oder Wohnhaus

zu kaufen gesucht. 2668

Angebote unter **E. Nr. 2668** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Auf Wunsch

meiner Patienten hiesiger Gegend halte ich jeden Mittwoch vormittags von 9—12 und nachmittags von 1—5 Uhr meine Sprechstunden in

Kamen, Rest. Menne, Weststr. 47, ab.

Franziska Portmann, gen. Gratze
praktische Homöopathin und Heilkundige.

Operationsloses, giftfreies, homöopathisches Heilverfahren. Behandlung sämtlicher Leiden, auch in veralteten Fällen. 1501

Unzählige Dank- und Anerkennungsschreiben höherer und niederer Kreise liegen vor.

Kauft dem Feindbund keine Waren ab!

Deutsche Landsleute! In London wollten sie uns vollends erdrosseln. Außer einer ungeheuerlichen nie zu bezahlenden Geldforderung soll unsere Ausfuhr lahmgelegt werden. Unsere Regierung will oder kann nichts dagegen tun.

Wir aber, zwar waffenlos, sind doch noch nicht völlig wehrlos: Macht der Feindbund unsere Ausfuhr unmöglich, so muß für uns die Losung sein:

Bestellt keine Feindeswaren, kauft keine Feindeswaren.

Das ist die einzige Waffe, die uns gegen drohende Versklavung noch übrig bleibt. Deutsche, gebraucht diese Waffe!

Ernst August Ahrens, Ackermann, ehemaliges Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Klein Flöthe.
Hampe, Staatspräsident, Braunschweig.
Ludwig Heckenroth, Pfarrer, Altenkirchen (Westerwald).
v. Heydebrand und der Lasa, Landrat a. D., Klein-Tschunkawe.
F. Scheller, Kaufmann, Goslar.
A. Sültemeyer, Oekonomierat, Hahlen bei Minden.
Freiherr v. Wangenheim, Klein-Spiegel.
Dr. E. Wienbeck, M. d. R., Hannover.



Dienstag und Mittwoch prima

Fohlenfleisch.

H. Jühe,
Kamen,
Schillstraße 1,
Telephon 274.

Grasverkauf.

Samstag, d. 11. d. Mts., nachm. 5 Uhr wird das sehr

gute Gras

in der Papenwiese des Herrn Schulze-Velmede, bei der Adener Mühle öffentlich nummerweise zum Verkauf ausgesetzt. 2671

Heil,
Brüggemann.

Haus

Nordstraße Nr. 33, steht billig zum Verkauf. h2673

Wer ein



Haus, Kotten, Grundstück, Bauplatz

und dergl. zu kaufen oder zu verkaufen sucht, wird es durch eine kleine Anzeige in der Kamener Zeitung erreichen. Ausserordentlich zahlreich sind die Angebote, welche auf eine solche Anzeige stets eingehen.

Turnverein zu Kamen.

Mittwoch, den 8. Juni, abends 9 Uhr in der Turnhalle: h2672

Enthüllung der Gedenktafel für unsere gefallenen Mitglieder.

Es werden dazu auch die Angehörigen der Gefallenen frdl. eingeladen.

Der Turnrat.

Ca. 100 Küchen u. Schlafzimmer

in nur guter Qualität äusserst preiswert auch bei geringer Anzahlung abzugeben

Möbelhaus W. Hagemeier jr.
Unna - Kamen.

Bettenfüllungen in bestem Zwinkköper. Federn u. Daunen zu den vorteilhaftesten Preisen. 1771

Stutenschau im Landkreise Hamm i. W.

Die Stutenschau findet statt am:

13. Juni 1921 in Pelkum (Deckstelle) 10 Uhr vormittags.
13. Juni 1921 in Kump (Deckstelle) 3 Uhr nachmittags,
14. Juni 1921 in Oberberge (Deckstelle), 9 Uhr vormittags,
15. Juni 1921 in Lünern (Deckstelle), 9 Uhr vormittags und
16. Juni 1921 in Langschede (Deckstelle), 9 Uhr vormittags,

Im Interesse der Stutenbesitzer liegt es, die Stuten mit Fohlen bezw. die weitere Nachzucht vorzustellen, damit der Zuchtwert der Hengste geprüft werden kann. Andererseits werden bewährte Zuchtstuten für Freideckscheine, Jährlinge, zweijährige und vierteljährige Stuten für Angeldprämien zur Erhaltung guter bodenständiger Stuten vorgemerkt.

Es sind in diesem Jahre in den Schauterminen vorzustellen:

I. 1. Stammbuchstuten, sowohl mit als auch ohne Fohlen;
2. 3jährige und ältere noch nicht eingetragene Stuten; 1- und 2jährige Stuten; die mit Angeldprämien ausgezeichneten Stuten und Fohlen müssen vorgestellt werden;
3. Jährlingshengste für die Erwerbung der Angeldprämie;
4. Die angekörten Hengste zur evtl. Aufnahme in das Pferdestammbuch.

II. Es können gezeigt werden 2jährige Hengste zur Beurteilung auf ihren Zuchtwert.

Bemerkung: Abstammungsnachweise und Deckscheine sowie die Stallbücher sind mitzubringen.

Die Stutenbesitzer können ihre Stuten auf den ihnen am günstigsten gelegenen Terminen vorstellen.

Durch die Eintragung einer Stute wird der betr. Besitzer Mitglied des Westfälischen Pferdestammbuchs.

An Beitrag werden jährlich 10 Mk., für die zweite bezw. jede weitere eingetragene Stute (nach dem Bestande am 1. Oktober jeden Jahres) je 5 Mk. mehr erhoben. Die Eintragungsgebühr beträgt für eine Stute 20 Mk., für einen Hengst 100 Mk. und wird bei der Stutenschau sofort eingezogen.

Die Pferde sind mit gut gepflegten Hufen und in gutem Beschlag vorzustellen, da hierauf bei der Beurteilung besonderer Wert gelegt werden wird.

Hamm (Westf.), den 1. Juni 1921.

Der Kreisausschuß des Landkreises Hamm i. Westf.
Der Vorsitzende:
J. V.: v. Campe, Regierungs-Assessor.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzblatt Seite 519) mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten folgendes bekannt gemacht:

Im Landkreise Hamm ist ein weiterer Fall an Maul- und Klauenseuche ausgebrochen, und zwar unter dem Viehbestande des Viehhändlers Otto Selig in Unna.

Unter Bezugnahme auf meine viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 9. ds. Mts. wird nachstehendes Sperrgebiet gebildet, und zwar die Weide des Gutsbesitzers Schulze-Röhling in Unna hinter der landwirtschaftlichen Winterschule und der Stall Schäferstraße 35 in Unna.

Ein Beobachtungsgebiet wird nicht gebildet.

Die Bestimmungen sind genau zu beachten.

Die Landjäger und Polizeibeamten werden strengste Kontrolle üben.

Hamm (Westf.), den 1. Juni 1921.

Der Landrat:
J. V.: v. Campe, Regierungsassessor.

Amt Unna-Kamen.

Mit dem 1. Juni 1921 ist der Dienstbetrieb bei der Verwaltungsnebenstelle in Methler in erweitertem Umfange aufgenommen worden. In Zukunft ist daher die Erledigung sämtlicher Verwaltungsangelegenheiten, insbesondere auch der polizeilichen An- und Abmeldungen sowie der Steuersachen für die Gebiete der Gemeinden Oberaden, Niederaden, Weddinghofen, Methler, Westick und Wasserkurl bei der Verwaltungsnebenstelle in Methler zu bewirken.

Unna, den 4. Juni 1921.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Kamener Lichtspiele

Vornehmste Lichtbildbühne am Platze.

Spielplan von Dienstag bis Donnerstag.

Wiederum eine Fülle herrlichster Darbietungen und gewaltige Sensation bietet uns

das große Auslands-Episoden-Film-Werk:

Die Spitzbuben von Paris

oder

Wer ist der Dieb der 100000 Frs.

2. Teil! „Das tragische Auto" und „Das Geisterschloß." 2. Teil!

5 überwältigende spannende Akte.

— 2. —

Der große Indianer- und Wild-West-Schlager

Die Rache des Mexikaners

Wild-West-Drama in 5 ergreifenden Akten.

Außerdem eine Luftspiel-Einlage.

An allen Tagen erstklassiges Orchester.

Ab Freitag! Achtung! Ab Freitag!

Die Benefizvorstellung der 4 Teufel

Aenderungen vorbehalten. [2675] **D. D.**

---

1 gutes, großes

Milchschaf

mit Wolle zu verkaufen. p2678

Markt 10.

Würmer 164

radikale Beseitigung durch echtes Wörishofener Wurmmittin. Allein echt: **Wörishofener Naturheil-Werke, Elberfeld. Niederl. Drogerie H. P. Thiel Kamen (Westf.), Oststr. 21. Hellweg-Drogerie J. Knipping in Ränthe.** 163

Tücht. Mädchen

für Küche und leichte Hausarbeit gesucht. Zweitmädchen vorhanden. p2669

Frau San.-Rat Dr. Marx Witten.

Vorstellungen bei **Frau H. Marcus** hier, Bahnhofstraße 57.

Siegellack

in guter Qualität
: : empfiehlt : :

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Hund

entlaufen!

Diejenigen Spaziergänger, denen Sonntag abend ein junger, schwarzer Hund mit weißer Brust und weißen Pfoten in Königsborn, Kamenerstraße nachlief, werden gebeten, denselben in **Kamen, Unnaerstr. 169 gegen Belohnung** abzugeben. 2670

Die Beleidigung, die ich gegen die Ehefrau Weiß ausgesagt habe, nehme ich hiermit zurück und warne jeden vor Weiterverbreitung. 2666

Herbert Krebs.

Für den Blumenkorso!

Crepp-Papier — Seidenpapier

in allen Farben vorrätig.

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Ungepreßt

wird jeder

Herren- und Damen-Hut

(Stroh und Filz)

in eigener Werkstatt schnell und billig. 1986

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße.

Amt Pelkum.

In Herringen, Pelkum und Wiescherhöfen wird auf Nr. 24 der Mehlmarke neben der Menge von 125 Gr. Inlandsmehl 750 Gr. amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 3,85 Mk. je Pfund ausgegeben. Die Ausgabe in Bergkamen, Oberberge, Lerche, Rünthe und Heil erfolgt nach Anlieferung, ohne besondere Bekanntmachung.

Lebensmittelamt.

